BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien — *Nummer 16/ Jahr 2* — *Wien, August 2015*

Editorial

Bruchstellen ist der monatliche Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist_innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Damit halten wir unsere Zeitschrift Kassiber, dessen erste Ausgabe im Dezember 2012 erschienen ist, für eine stärkere Fokussierung auf inhaltliche und zeitlose Diskussionen und Texte frei. Das bedeutet nicht, dass die 'Bruchstellen' frei von inhaltlichen Diskussionen sein werden. Der Fokus liegt jedoch auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

Ab sofort sind auf abc-wien.net alle bisherigen Ausgaben der Bruchstellen online verfügbar!

Aufruf für eine Internationale Woche für anarchistische Gefangene

(http://tillallarefree.noblogs.org/)

Im Sommer 2013 haben Mitglieder einiger ABC Gruppen über die Notwendigkeit diskutiert, einen Internationalen Tag für anarchistische Gefangene einzuführen. Da es bereits etablierte Termine für die Rechte politischer Gefangener oder den Prison Justice Day gibt, haben wir es für wichtig befunden, auch die Geschichten unserer GefährtInnen hervorzuheben. Viele weggesperrte AnarchistInnen werden von formellen Menschenrechtsgruppen nie als 'Politische Gefangene' anerkannt, weil deren Sinn für soziale Gerechtigkeit streng auf kapitalistische Gesetze, die dafür entworfen wurden den Staat zu verteidigen und jede soziale Veränderung zu verhindern, begrenzt ist. Gleichzeitig wissen wir, selbst innerhalb unserer eigenen Zusammenhänge, so wenig über die Repression die in anderen Ländern passiert, und dabei sprechen wir noch gar nicht von Namen und Fällen die unsere eingekerkerten GefährtInnen betreffen.

Das ist der Grund, warum wir uns entschieden haben eine einmal im Jahr stattfindende Woche von 23. – 30. August für anarchistische Gefangene einzuführen. Wir haben den 23. August als Anfangspunkt ausgesucht, weil an diesem Tag im Jahre 1927 die Italienisch-amerikanischen Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti im Knast exekutiert wurden. Sie wurden dafür verurteilt während einem bewaffneten Raubüberfall in einer Schuhfabrik in South Braintree, Massachusetts, zwei Männer ermordet zu haben. Ihre Verhaftung war Teil einer größeren anti-radikalen Kampagne, die von der amerikanischen Regierung geleitet wurde. Beweise von Seiten des Staates gegen die beiden gab es fast keine, und viele Leute, auch heute noch, denken, dass sie für ihre starken anarchistischen Überzeugungen bestraft wurden.

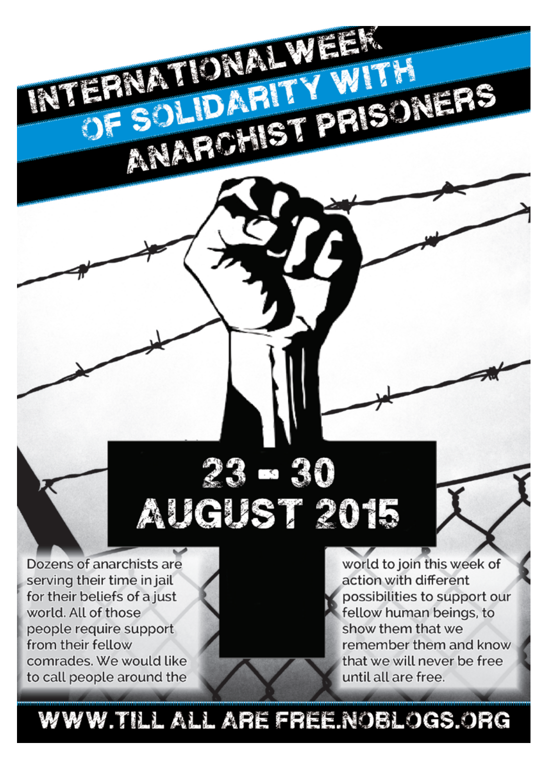
In Anbetracht der Natur und Unterschiede der anarchistischen Gruppen rund um den Globus, haben wir eine Woche für gemeinsame Aktionen vorgeschlagen, anstatt einer einzelnen Kampagne an einem speziellen Tag, damit es für die Gruppen einfacher wird ihr Vorhaben innerhalb eines längeren Zeitraumes zu organisieren.

Hierfür rufen wir alle auf, die Information über die Woche für anarchistische Gefangene unter anderen Gruppen und Zusammenhängen zu verbreiten und darüber nachzudenken selbst etwas in eurer Stadt zu organisieren. Die Aktionen können von Info-Abenden, Filmvorführungen, Benefizkonzerten bis zu solidarischen und direkten Aktionen reichen. Lasst eurer Fantasie freien Lauf.

Es gibt Flugblättern in verschiedenen Sprachen. Bitte schickt uns Berichte über eure Aktionen/Aktivitäten an tillallarefree (A) riseup.net

Till all are free / Bis alle frei sind.

"325" anarchist counter-information group
ABC Belarus
CNA/ABC Bogotá
Brighton ABC
Bristol ABC
ABC Cardiff
ABC Czech Republic
ABC Helsinki
ABC Kiev
ABC Latvia
Leeds ABC
London ABC
ABC Mexico
ABC Moscow
Nizhny Novgorod antirepression group
NYC ABC
Publicacion Refractario
ABC Rio de Janeiro
ABC St.Petersburg
ABC Vienna
ABC Warsaw



Nein zum Bau des Justizzentrums!

(gefunden auf: justizzentrumverhindern.noblogs.org)

Der Baubeginn naht….

So naht auch das Ende der Illusion der Verhinderung des geplanten Straf- und Justizzentrums am Leonrodplatz durch die demokratischen Mittel. Aber das bedeutet auch, dass es keine Rechtfertigung mehr gibt, zu warten. Zu warten in der Hoffnung die Regierung würde zurückrudern und das millionenschwere Projekt absagen. Der Baubeginn bekräftigt nur einmal mehr die Sinnlosigkeit auf die Politik zu setzen oder auf ihre uns angebotenen Mittel zu vertrauen. Egal ob es um den Ausbau des Flughafens, die geplante zweite S-Bahn-Stammstrecke oder die steigenden Mieten und die generelle Aufwertung der Stadt geht – solange wir auf den Erfolg von Wahlversprechen, Petitionen, dem Gründen von Bürgerinitiativen oder den Dialog mit den Regierenden hoffen, werden wir bitter enttäuscht werden. Denn indem wir uns an die Spezialisten der Politik wenden, wenden wir uns gleichzeitig an jene, die dafür verantwortlich sind, dass die Dinge so laufen wie sie laufen. Veränderung und Selbstermächtigung muss damit beginnen, ihnen den Rücken zuzukehren und für die eigenen Belange und Ideen einzustehen.

Nichts wird sein, wie es war…

Bereits jetzt, schon vor dem eigentlichen Baubeginn, hat der Staat verkündet, dass der Bau länger dauern wird als geplant (bis 2020) und 70 Millionen Euro mehr kosten wird. Der vergangene Sommer wird der letzte Sommer gewesen sein, in dem ohne Baulärm, Gestank und Dreck und ohne übermäßige Präsenz von Polizei und Securities am Rosa-Luxemburg-Platz Zeit verbracht werden konnte, denn die Baustelle wird nicht nur länger dauern als angekündigt, sondern auch die sicherste Baustelle Bayerns werden. Und das bedeutet rund um die Uhr Patrouillen und Personenkontrollen, misstrauische Blicke und im Handumdrehen gezogene Pistolen – Militarisierung eben. Das Straf- und Justizzentrum soll unserer Sicherheit dienen, doch in Wahrheit werden wir uns in einen Zustand der permanenten Belagerung, Beobachtung und Kontrolle, Belästigung und Verschmutzung wiederfinden. Was die Anwohner_innen davon halten, ist der Politik keinen Cent wert. Jene, die scheinheilig die Entscheidung zum Bau fällen, wohnen behütet am anderen Ende der Stadt und denjenigen, die die Konsequenzen davon zu tragen haben, wird jeder aktive Einfluss auf das Geschehen verboten.

Zeit, selbst Hand anzulegen!

Wenn wir davon ausgehen, dass wir dazu fähig sind unser Leben ohne äußere Zwänge und Auflagen selbst zu organisieren, dass wir niemanden brauchen, der unser Zusammenleben in unserem Namen bestimmt und verwaltet, dann bedeutet das, dass wir die demokratischen Mittel und die mit ihnen einhergehende Fremdbestimmung, Kompromisse und Entmündigung ablehnen und andere, selbstbestimmte Mittel und Wege einschlagen müssen. Egal ob wir nun kein Justizzentrum wollen, weil wir die Baustelle über die vielen Jahre nicht ertragen können und wollen; weil wir keine Lust auf die starke Polizei- und zukünftige Richter- und Staatsbeamtenpräsenz haben; weil wir in der Justiz eine unser Leben einschränkende Institution erkennen; weil das Justizzentrum ein Bestandteil in der städtischen Aufwertung und notwendig für den Ausbau und Ausverkaufs Münchens zu einer reichen, uniformen und oberflächlichen Stadt ist; weil wir abertausende blühende Ideen haben, wie wir die ewige Brachfläche lieber nutzen würden und uns deswegen die Pläne der städtischen Baureferate nicht passen; egal was wir für eine begründete oder unbegründete Abneigung gegen diesen Bau empfinden – ab dem Moment des Baubeginns muss diese Abneigung folgendes bedeuten: Die Bauarbeiten auf jede mögliche Art behindern, die Zufahrtswege versperren oder unbefahrbar machen, den Platz besetzen oder die Arbeiten direkt sabotieren, alle Nachbar_innen und Bauarbeiter_innen auf die drastischen Konsequenzen des Bauprojekts und ihre eigene Verantwortung sich diesem zu verweigern, hinzuweisen, die anwesenden Securities und Polizist_innen nerven und angehen, den Planern, Architekten und Baufirmen zeigen, dass sie nicht willkommen sind – mit unseresgleichen reden, diskutieren, Pläne aushecken und in die Tat umsetzen.

Das Justizzentrum wird nicht auf unserer Resignation gebaut werden!



[Wien] Was die tschechische "Operation Fenix" mit #nowkr zu tun hat

(linksunten.indymedia.org)

Zur Einführung:

Am 28. April 2015 führte die tschechische Polizei einen in dieser Größe einzigartigen Repressionsschlag, auch bekannt als "Operation Fenix", gegen anarchistische und linksradikale Gruppen und Einzelpersonen in der gesamten tschechischen Republik durch. Neben zahllosen Hausdurchsuchungen in WGs, dem linken Hausprojekt "Klinik" in Prag und anderen Wohnungen beschlagnahmte die Polizei Server, Computer und viele andere (zum Teil persönliche) Gegenstände.

Außerdem wurden viele Personen aus linksradikalen Gruppen oder Szenen festgenommen, allerdings nach den Verhören wieder freigelassen. Nicht so drei Personen, Martin, Petr und Aleš, die seit Ende April bis heute in Untersuchungshaft sitzen. Vor einigen Wochen wurde eine vierte Person, Igor, ein russischer Anarchist, der zum Studieren nach Prag gekommen war, verhaftet und befindet sich aktuell mit den gleichen Vorwürfen in Untersuchungshaft.

Die strafrechtlichen Anschuldigungen sind nur zu gut bekannt:

Bildung einer terroristischen Vereinigung, Vorbereitung von terroristischen Anschlägen, Brandstiftung, Waffenbesitz usw. Die Bemühungen der Anti-Extremismus-Abteilung der tschechischen Polizei soziale Bewegungen und Kämpfe zu kriminalisieren, reihen sich aktuell ein in Aktionen gegen Anarchist_innen in Spanien im Rahmen der Aktion Pandora, gefolgt von der Aktion Piniata und anderen großangelegten Polizei-Aktionen der letzten Jahre in Mitteleuropa.

Da es in Tschechien zur Aktion Fenix eine Nachrichtensperre gibt, sind aktuell wenige Informationen bekannt. Aufgrund der Aktenlage konnten allerdings von betroffenen Genoss_innen zwei Polizeispitzel enttarnt werden, die massgeblich zur Durchführung der Aktion Fenix beigetragen haben. Mehr Infos + Fotos kann man z.B. hier nachlesen: https://linksunten.indymedia.org/en/node/146743

Was hat das mit #nowkr zu tun?

Wir erinnern uns: Wochenlang vor dem Tag des Akademikerballs startete die Polizei ihre alljährlichen Kriminalisierungsversuche gegen antifaschistisches Engagement. Am Tag der Demo selber wurde gegen Mittag bekannt, dass ein aus Tschechien kommendes Auto, es war ein Kleinbus, die Medien schrieben teilweise von einem Reisebus, mit Antifas aufgehalten und durchsucht wurde. Dabei wurden "Waffen" gefunden, ua. Messer, ein Schlagring und Feuerzeugbenzin, die stolz von der LPD Wien präsentiert wurden – https://twitter.com/LPDWien/status/561177531475558400/photo/1.

Mittlerweile wurde aufgrund der Aktenlage ersichtlich, dass zwei Polizeispitzel in diesem Auto saßen und offenkundig besagte "Waffen" mitgebracht hatten. "Zufällig" wurden sie dann kurz vor Wien von einem Polizeiauto gestoppt, durchsucht und kurzfristig sechs Personen (inklusive Undercover-Cops) festgenommen wegen des "Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung".

Konkret heißt das: Die österreichischen Behörden wußten vom Einsatz der tschechischen Polizeispitzel auf österreichischen Boden, bereiteten den Zugriff vor, fanden bei der Durchsuchung des Kleinbusses die "Waffen" und haben dann mit voller Absicht und im Wissen um den tatsächlichen Hintergrund den Medien die beschlagnahmten "Waffen" präsentiert. Damit konnte wieder ein kleiner Teil zur Kriminalisierung von Antifaschist_innen beigetragen werden.

Zwei der Antifaschisten aus besagten Auto sind aktuell im Knast – als Teil der drei seit Ende April in U-Haft befindlichen Personen.

Aktuell gibt es die betreffenden Aktenteile nur in tschechischer Sprache. Sobald diese in einer deutschen oder englischen Übersetzung vorliegen, können Beweise für obige Schlussfolgerungen nachgeliefert werden. Da die tschechische Polizei nach wie vor heftig gegen Teile der linksradikalen Szenen ermittelt, gibt es aktuell viele Unklarheiten, offene Fragen und große Unsicherheit bezüglich dem Ausmass der Ermittlungen, Hintergründen oder weiteren Polizeispitzel. Sorry dafür, dass wir im Moment nur das veröffentlichen können, was verifiziert werden kann.

Es ist nicht neu, dass sich die europäischen Repressionsbehörden vernetzen, austauschen und zusammenarbeiten. Auch der Einsatz von Undercover-Beamt_innen oder Vertrauenspersonen, die Informationen an Polizeibehörden weiterleiten, ist keine Neuheit.

In Szenen, wo sich Menschen kennen, befreundet sind, gemeinsam politisch aktiv sind, ist es umso wichtiger, sich gegenseitig kennenzulernen – eine Art mit Polizeispitzel und Co umzugehen findet sich z.B. hier: http://www.antifaschistische-linke.de/PDF/schoener_leben_ohne_spitzel.pdf

Solidarität mit den Betroffenen der Aktion Fenix!
Freiheit für Igor,Aleš, Petr und Martin! Freiheit für alle Gefangenen!
Keine Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden – verweigert jede Aussage!

Hintergründe, Solidaritätsaktionen und Spendenkonto auf http://antifenix.noblogs.org

vienna antifenix solidarity group (V.A.S.G.)
Wien, 4.8.2015



"Wie wenig notwendig ist, um in Österreich als schwer bewaffnete Extremisten zu gelten"

Folgender Text ist eine Übersetzung aus dem Tschechischen. Der Ursprungstext wurde im Feburar 2015 von ABC CZ veröffentlicht und ist aktuell nicht online, da er sich auf einem der im Rahmen der Operation Fenix beschlagnahmten Server befand.

Am Freitag, den 30. Jänner, fuhren wir zur Protestaktion gegen den Burschenschafterball in Wien. Während erwartete Unannehmlichkeiten wie intensive Schneefälle nicht eintraten, begrüßte uns die österreichische Polizei umso unangenehmer.

Kurz nach der Grenze bemerken wir im Rückspiegel ein ziviles Auto mit getönten Scheiben, das trotz wiederholtem Spurwechsel und Beschleunigung wie bewusst langsamerem Fahren eine halbe Stunde lang hinter uns herfährt.

Nach dieser halben Stunde und etwa 50 zurückgelegten Kilometern kamen zum Wagen in zivil zwei Polizeibusse hinzu. Wir wurden mit „Polizei: Folgen!" zu einem Parkplatz eskortiert. Schwer zu sagen, was ihre Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, eine Gruppe schwarz gekleideter Jungs in einem alten Minibus oder das tschechische Kennzeichen. Zunächst erfolgte eine Routineüberprüfung der Fahrzeugdokumente und des Zustandes des Wagens. Das war jedoch nur eine billige Taktik und schon bald änderte sich die Situation hin zu einer unfreiwilligen Unterbringung in einem winzigen vergitterten Raum. Unnötig zu erwähnen, dass uns die Polizisten aus dem Auto, das uns überwacht hatte, gleich in den ersten Minuten der Kontrolle ein Betretungsverbot für die Stadt aussprach, da wir eine potentielle Gefahr darstellen würden. Sie machten sich nicht einmal die Mühe, uns zu erklären, auf welcher Grundlage sie dies taten. Sie sagten, dass wir wie antifaschistische Kämpfer aussehen würden. Einer nach dem anderen wurden wir durchsucht. Vielleicht wurden wir als Sicherheitsrisiko eingestuft, vielleicht waren ein paar Dinge, die sie bei der Kontrolle sicherstellten, der Grund, vielleicht tauchten einige unserer Namen in einer internationalen Datenbank auf. Wer weiß. Jedenfalls wurde aus der Routinekontrolle plötzlich ein Spektakel im Vergleich zu billigen Actionfilmen. 20 Polizisten sprangen aus den Wägen, der Kommandant bekam ein rotes Gesicht und begann herumzubrüllen. Wir wurden gewaltsam mit Plastikbändern gefesselt, die uns in die Handgelenke schnitten. Im Auto war sicherlich nicht viel zu finden. Sie nahmen sogar den Radschlüssel heraus, um dann für den Polizei-Twitteraccount ein

Foto zu inszenieren. Mit hinter dem Rücken gefesselten Händen brachten sie uns aufs Polizeipräsidium. Es war seltsam, die Begeisterung der jüngeren Offiziere zu beobachten, die uns an diesem Tag begegneten. Nach mehreren gründlichen Durchsuchungen wurden wir in je eine eigene Zelle gebracht – alle leicht verschmutzt und muffig, ausgeleuchtet mit grellem Licht und ausgestattet mit Plastikbechern und Bettwäsche. Nach sieben Stunden in einer Zelle unterbrochen nur durch eine medizinische Untersuchung, Fotos und die Entnahme einer DNA-Probe wurden wir zu Verhören gebracht. Dort wurde uns eröffnet, dass wir von der Kriminalpolizei der Begehung von Straftaten - konkret der gefährlichen Bewaffnung sowie der Organisation einer kriminellen Vereinigung mit dem Ziel die öffentliche Ordnung zu stören - beschuldigt wurden und dass ein Richter die Verhaftung abgesegnet habe. Ob das stimmt oder nicht, konnten wir zu diesem Zeitpunkt nur raten. Es war überraschend, wie schnell zwei Dolmetscher kamen. Ein wenig unnötig. Uns wurde auch verweigert, Kopien der Protokolle und Berichte zu bekommen und uns wurde gesagt, dass wir zur Überprüfung dieser Dokumente einen Anwalt benötigen würden.

Früh am morgen wurden wir frei gelassen. Eigentlich eher rausgeschmissen – Ohne Ortskenntnis, ohne Telefone, ohne zu wissen, wo unser Auto ist. Die Beamten weigerten sich, uns eine Bestätigung der Festnahme auszustellen, verlangten aber, dass wir die Enthaftung bestätigen sollen. Was das zu bedeuten hat? Schwer zu sagen. Im nachhinein hatte die ganze Geschichte vor allem einen Zweck: Uns einzuschüchtern. Oder wir waren einfach zur falschen Zeit am falschen Ort. Die Frage ist auch, was man aus diesem Verhalten für künftige Kontrollen und Verhaftungen lernen kann. Sie haben sich auch geweigert, die Übertragungskosten zu tragen und uns die Protokolle zu geben. Wie es nun weitergeht, wird die Zeit zeigen.

Wie auch immer – wir sind zurück und zwar mit überraschend guter Laune. Es liegt nicht in ihrer Macht, uns zu stoppen. Wenn man an den vergitterten Fenstern steht und auf den finsteren Gefängnishof hinausschaut, hört man die Solidarität von der Straße. Wir verstehen, wovor sie Angst haben. Das System hat nicht wirklich Angst vor einem Schlagring und zwei Klappmessern, sondern vor Menschen, die mit anarchistischen Idealen bewaffnet sind. Wahrscheinlich wissen sie warum."

ABC CZ, *Februar 2015*

Hungerstreik beendet – ein Rückblick

In der JVA Freiburg kam es im Juli 2015 zu einem Hungerstreik (HS) zweier Sicherungsverwahrter, der zuletzt, nachdem ein Verwahrter seinen Protest beendet hatte, daran gipfelte, dass der verbliebene Verwahrte entmündigt werden sollte und zwangsweise in das Gefängniskrankenhaus verlegt wurde.

Der Anlass für den Protest

erst hatte Herr P. Mit seinem Hungerstreik begonnen, primär aus Verärgerung über seine eigene konkrete Situation: so wurde eine Ausführung zu seiner Partnerin vorzeitig abgebrochen und er vermutete insbesondere seitens des Vollzugsleiters, des Diplom-Sozialpädagogen G. sinistre Machenschaften. Anstatt sich auf eine baldige Freilassung einrichten zu können, sah sich P. plötzlich mit der Aussicht konfrontiert mindestens einige Jahre hier in der Sicherungsverwahrung zubringen zu müssen.

Am Morgen nach beginn des HS von Herrn P. Schloss sich Herr H. dem an und beide thematisierten die desolate Haftsituation in der Sicherungsverwahrung, die nicht geprägt sei von einem motivierenden Behandlungsvollzug, sondern von dauerhafter Verwahrung – trotz einschlägiger Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Der Verlauf des Hungerstreiks

Die JVA begann das Gewicht von H. und P. zu dokumentieren, insbesondere jedoch die Verweigerung der Anstaltskost. Nachdem dann auch die Lokalpresse des HS aufgriff, sich im gesamten SV-Gebäude eine gewisse Unruhe bemerkbar machte, kam es auf den vier Stationen der SV-Anstalt zu Sonderkonferenzen, an welchen die führenden Mitglieder der Anstaltsleitung teilnahmen; jedoch ohne konkretes Ergebnis. Man hörte sich die Beschwerden der Verwahrten an und machte weiter wie bisher. Unter den Mitverwahrten gab es jene die sich in einer Erklärung solidarisierten (20 Verwahrte unterzeichneten), aber auch jene die sagten: „ So was bringt doch eh nix!".

Herr P. hörte auf zu hungern und Herr H. wird verlegt

Nachdem Herr P. aus gesundheitlichen Gründen seinen HS beendete, wurde kurz danach Herr H. zwangsweise morgens um 6:30 Uhr aus der Zelle geholt und ins Gefängniskrankenhaus verlegt. Wie er später nach seiner Rückkehr in die SV-Anstalt berichtete, seien drei Beamte in seine Zelle eingedrungen und nachdem er es abgelehnt habe 'freiwillig' mitzukommen, habe Amtsinspektor H. ihn auf das Zellenbett gestoßen, fixiert, die Arme auf den Rücken gezerrt, was so schmerzhaft gewesen sei, dass er befürchtete man habe ihm den Arm ausgekugelt. Danach seien ihm Hand- und Fußketten angelegt worden. Im weiteren Verlauf des Abtransports habe ihm dann Amtsinspektor H. die mit den Kampfhandschuhen 'geschützte' Hand so fest auf Mund und Nase gepresst, dass er keine Luft mehr bekommen habe. Nur durch ruckartiges Bewegen des Kopfes habe er kurz den Mund frei bekommen um laut um Hilfe rufen und nach Luft schnappen zu können.

Vollzugskrankenhaus Hohenasperg (bei Stuttgart)

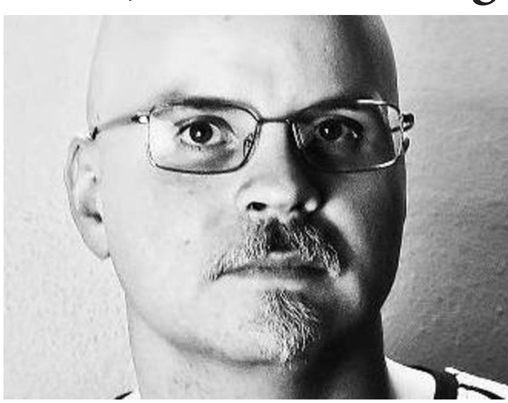
Nach rund zwei Stunden Fahrt wurde H. am 16.07.2016 in der 'Inneren' des Gefängniskrankenhauses eingeliefert, wo man, so H. erstaunt gewesen sei, da man gar nicht gewußt hätte, was er hier solle. Das Trinken verweigerte er nun auch; dies hatte er im Vorfeld für den Fall der 'Verschleppung' angekündigt. Erst in Gesprächen mit den ÄrztInnen, PflegerInnen, aber insbesondere seiner Verteidigerin und Prof. Dr. W. vom Stuttgarter Justizministeriums am 17.07.2015 entspannte sich die Situation. Seiner Kritik an den Zuständen in der SV sei nie widersprochen worden; Herr Prof. W. habe darauf hingewiesen, dass gerade für Freiburgs JVA zusätzliche Gelder für Personal in einem Nachtragshaushalt eingeplant worden seien. Irgendwelche konkreten Zugeständnisse wurden ihm nicht gemacht. Dennoch beendete er am Vormittag des 17.07.2015 seinen Hunger- und Durststreik; bis zum 24.07.2015 verblieb er dann im Gefängniskrankenhaus, da man dort erst eine gewisse Gewichtszunahme habe sehen wollen.

Resümee

Medial war der HS in der Badischen Zeitung, Radio Dreyeckland , sowie im SWR (Radio und Fernsehen) präsent und es kam auch die Kritik der Hungerstreikenden zu Wort. Ob der Protest letztlich einen Anstoß gegeben hat, irgendwelche Maßnahmen zu beschleunigen, muss die Zukunft zeigen. Wie leicht es die Justiz hat, wenn nur ein oder zwei Gefangene protestieren, und das ohne solch eine breite Solibewegung wie bspw. kürzlich in Berlin Gülaferit Ünsal und ihrem fast zwei Monate dauernden HS, wurde vorliegend deutlich: denn einen Hungerstreikenden zu versuchen zu entmündigen (§ 1896 BGB) und dann zwangsweise und gegen seinen Willen gewaltsam in ein Gefängniskrankenhaus zu verlegen, das kann sich eine Verwaltung nur erlauben, wenn sie sich relativ sicher ist, dass es keine solidarische Begleitung durch Dritte gibt. Andererseits zeigte sich jedoch auch, wie intensiv die Reaktionen im Justizapparat ausfielen, es also durchaus die Möglichkeit gibt etwas in Bewegung zu setzen.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV),
Hermann-Herder-Str.8,
D-79104 Freiburg
http://freedomforthomas.wordpress.com
http://www.freedom-for-thomas.de

Zwei Jahre Sicherungsverwahrung



An einem sonnigen Juli-Tag vor zwei Jahren wurde ich in einem vergitterten Gefängnisbus von der JVA Bruchsal (jva-bruchsal.de) in die JVA Freiburg (jva-freiburg.de) überführt. Um Mitternacht, des 8. Juli 2013 hatte die Sicherungsverwahrung begonnen.

Was ist Sicherungsverwahrung (SV)?

Eingeführt 1933 von den Nationalsozialisten, ermöglicht die SV dem Staat Menschen über das Ende der Strafhaftzeit hinaus so lange in einem Gefängnis zu verwahren, wie der/die Gefangene vorgeblich eine "Gefahr für die Allgemeinheit" darstellt. Die §§ 66 ff. StGB, die das Recht hinsichtlich der Anordnung der SV regeln, wurden in den letzten Jahren einer auch für Fachleute kaum noch zu überblickenden Art und Weise geändert. Im Regelfall ist es zumindest seit 2011 durchaus so, dass sich in den SV-Anstalten unter den aktuell rund 500 Verwahrten in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend Sexualtäter befinden, rund 70-80%, bei den übrigen Untergebrachten handelt es sich um wegen Körperverletzung, Raubes, Totschlag, Brandstiftung und in Einzelfällen auch wegen Drogendelikten verurteilte Personen. Fast alle sind männlichen Geschlechts.

Der Vollzugsalltag

Während die Strafgefangenen in Bruchsals Gefängnis die meiste Zeit des Tages in ihren Zellen weggeschlossen waren und sind, ist es in der SV üblich, und auch von den jeweiligen Landesgesetzgebern so geregelt, dass die Hafträume (die allerdings offiziell tatsächlich "Zimmer" heißen, was die Betroffenen als zynisch erleben) von morgens bis spätabends geöffnet zu sein haben. Das ist eine erhebliche Umstellung, da man plötzlich wieder lernen muss die Tage in sozialer Gemeinschaft zu verbringen und nicht mehr oder weniger isoliert alleine in seiner Zelle.

Wer möchte, kann an arbeitstherapeutischen Maßnahmen ebenso teilnehmen, wie in Arbeitsbetrieben z.B. Akkordarbeit für Drittfirmen verrichten.

Ansonsten ist man im Vollzugsalltag primär sich selbst überlassen, wer nicht in der Lage ist seine Tage selbst zu strukturieren, der lebt so vor sich hin. Es gibt also auch jene, die die Tage durchschlafen, nachts fernsehen, oder vor ihrer Spielekonsole sitzen und sich in die fiktionalen Geschichten dort flüchten.

Die Therapie

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem spektakulären Urteil 2011 verlangt, dass künftig der Vollzug der SV nicht die bloße Verwahrung zum Inhalt haben dürfe, sondern durch therapeutische Maßnahmen, alsbald eine Freilassung sicherzustellen sei; nur in absoluten Einzelfällen sei eine Verwahrung bis zum Tod denkbar.

Dieser "therapeutische Optimismus" wurde in der Fachwelt stellenweise kritisiert; bekannteste Kritikerin dürfte Frau Dipl.Psych.in Preusker (ehemals JVA Straubing/Bayern) sein, die in diversen Publikationen pointiert fordert: "Lasst sie niemals frei" (so auch der Titel eines Aufsatzes von ihr im FOCUS).

In Freiburgs SV wird neben therapeutischen Einzelgesprächen, auch ein Gruppenangebot gemacht. Bspw. das BPS: ein Behandlungsprogramm für Sexualdelinquenten. Bis zu 10 Gruppenteilnehmer verbringen circa 1 1/2 Jahre wöchentlich ein-zwei Sitzungen gemeinsam, um mit den TherapeutInnen in einem tatunspezifischen Teil grundlegende Fragen der Sozialkompetenz, der Eigen- und Fremdwahrnehmung oder Geschlechterstereotype zu behandeln.

In einem tatspezifischen Teil müssen die Teilnehmer ihre Sexualtaten, deren dynamische Entstehung, deren Verlauf und die heutige Einstellung dazu reflektieren.

Das Gegenstück zum BPS ist das Behandlungsprogramm für Gewalttäter (BPG); wobei dieses, mangels ausreichender Zahl an Sicherungsverwahrten, in Kooperation mit Strafgefangenen stattfindet. Daneben wird kunsttherapeutisch (Maltherapie) gearbeitet oder in einer "Suchtgruppe" die Abhängigkeit von Drogen bzw. Alkohol bearbeitet.

Der Vollzugsalltag wird etwas euphemistisch als "milieutherapeutische Arbeit" verklärt; dies bedeutet, auf den Therapiestationen essen BeamtInnen und Beschäftigte der Fachdienste gelegentlich zusammen mit den Bewohnern, es werden Spieleabende veranstaltet und wöchentlich eine (verpflichtende) Stationsversammlung.

Die Missstände

In den vergangenen Jahren habe ich ausführlich über die unterschiedlichsten Herausforderungen hier aus dem Vollzug der Sicherungsverwahrung der JVA Freiburg berichtet.

Die Spannbreite reicht von -scheinbaren Kleinigkeiten- dem Verbot des Besitzes zuvor in der JVA Bruchsal teuer erworbener Nagelscheren oder Teegläsern, über die indiskutable Praxis der Kleingruppenisolation, dem bloßen "Sich-selbst-Überlassen" retardierter und ernstlich kranker Gefangener, bis hin zu diversen Todesfällen.

Scheinbare Kleinigkeiten

Für die Leserin oder den Leser dieses Beitrages ist die Nutzung einer Nagelschere wohl etwas Alltägliches; hier in der SV-Anstalt gilt sie als eine gefährliche potentielle Waffe. Was deshalb skurril anmutet, weil im vorangegangenen Strafvollzug in der JVA Bruchsal, die hiesigen Verwahrten problemlos Nagelscheren kaufen und besitzen dürfen bzw. durften.

Angesichts der zahlreichen Restriktionen, die Menschen in jeder Haftanstalt unterliegen, ist jede Form zusätzlicher Beschränkung besonders ärgerlich.
Selbst Rasierwasser, das Verwahrte zuvor in Bruchsals Gefängnis teuer kaufen konnten, wird ihnen hier in der SV dann verboten.

Ein Verwahrter, der aus der JVA Schwalmstadt nach Freiburg verlegt wurde, staunte nicht schlecht, als man ihm hier seinen großen Fernseher und den Besitz der X-Box, nebst PS-3 verbot – obwohl er doch alles dort in der hessischen JVA gekauft und in Besitz hatte.

Kleingruppenisolation

Während es in anderen Bundesländern ganz normal ist, dass sich Sicherungsverwahrte in der Einrichtung frei bewegen und gegenseitig besuchen, sind in Freiburg die SV-Stationen hermetisch voneinander getrennt. Nur zu festgesetzten Zeiten kann man einander besuchen; und wer auf der "Station 2" wohnt, auch nur dann, wenn er eine Woche im Voraus einen begründeten, schriftlichen Antrag stellt, der dann, sofern er bewilligt wird, zu einem einmaligen Besuch auf einer der anderen drei SV-Stationen berechtigt.

Verwahrte, die sich mitunter seit Jahrzehnten kennen, werden so voneinander fern gehalten, alles unter dem Blickwinkel: Therapie und Sicherheit. Angeblich soll so verhindert werden, dass Verwahrte einander schädlich beeinflussen oder drangsalieren.

Sich-selbst-Überlassen retardierter Verwahrter

Man muss nichts beschönigen: in der Sicherungsverwahrung treffen wir vielfach auf Menschen, die verhaltensoriginell agieren (Psychiater würden von Persönlichkeitsstörungen sprechen).

In all der Buntheit und Vielfalt sonderbarer Verhaltensmuster strahlt der Vollzugsalltag. Aber selbst hier gibt es dann Menschen, die besonders hervor stechen; die, sich selbst überlassen, in ihren Zellen vermüllen, die sich regelmäßig einkoten, die Notdurft in das Waschbecken verrichten, die, die ohne Unterbekleidung über den Flur irren, die nachts über Stunden wie ein (einsamer) Wolf heulen, die mit sich selbst lautstark sprechen.

Bei zwei Mitverwahrten reinigt ein anderer Verwahrter wöchentlich mindestens einmal, meist mehrfach die jeweilige Zelle, richtet ihnen die Wäsche und übernimmt gewissermaßen pflegerische Funktionen. Ein irgendwie gesteigerter Betreuungsaufwand durch das JVA-Personal konnte bislang nicht beobachtet werden.

Dann bleibt es nicht aus, dass solche Menschen sterben, so wie Karl am 11.11.2014, der über Wochen mit wunden Füßen und Beinen über den Flur schlich, zuletzt dann auch ohne Unterbekleidung, da sein Hoden abnorm vergrößert war.

Mitverwahrte waren und sind der Ansicht, hier wurde ein Mensch sehenden Auges sich selbst überlassen (noch ermittelt die Staatsanwaltschaft Freiburg u.a. gegen den Leiter der Anstalt wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung durch Unterlassen).

Todesfälle

Nicht nur Fälle wie jene von Karl bewegen dann besonders die Bewohner hier, sondern auch der plötzliche Tod von Mario am 19.01.2014, der tot im Freizeitraum aufgefunden wurde, oder jener von Reinhold. Der starb zwar in Freiheit, aber er wurde erst entlassen, nachdem er fast 10 Jahre in der SV zugebracht hatte und man ihm einen Unterschenkel amputierte. Weitestgehend unbeweglich im Rollstuhl sitzend verbrachte er die Monate bis zu seinem Tod in einer Wohnung.

In der Zelle, in der ich lebe, ist wenige Monate vor meinem Einzug ein Insasse tot aufgefunden worden.

Gerade weil hier weitere Mitverwahrte krank sind, über 60 oder über 70 Jahre, einige sehr übergewichtig (bis zu 200 kg), oder auch anorektisch, muss mit weiteren Todesfällen gerechnet werden.

Sicherlich gehört das Sterben zum Leben dazu, auch hinter Gefängnismauern. Nur geht selbst der juristische Leiter der Anstalt, Oberregierungsrat R. davon aus, dass jährlich lediglich ein bis zwei Verwahrte entlassen werden. Simple Mathematik lässt einen dann zu dem Schluss kommen, dass das bedeuten wird, ein Großteil der jetzigen Insassen muss hier sterben. Denn ein heute 60, 65 oder 70 jähriger Insasse wird wohl kaum noch 10, 15 oder 20 Jahre leben.

Die Hoffnung

Trotz der Allgegenwart des Todes flammt immer wieder der Funken Hoffnung auf; die Vorstellung vieler, zu jenen Glücklichen zu gehören, die eines Tages vielleicht doch lebend die Anstalt Verlassen, lässt sie durchhalten und vieles aushalten.

Sicherungsverwahrung schließt sich an den Strafvollzug an, d.h., alle Insassen haben die ihnen zugemessenen Strafen voll verbüßt, sitzen also jetzt nicht (mehr) zur Strafe ein, auch wenn der Vollzugsalltag sich kaum von dem im Strafvollzug unterscheidet. Und sie wissen, wenn sie sich therapeutischen Maßnahmen entziehen, sinken die Chancen gegen Null jemals auf freien Fuß zu kommen. Also versuchen sie die Hoffnung am Leben zu halten.

Ausblick

Bald 20 Jahre befinde ich mich ununterbrochen in Haft, davon die erste Dekade in Isolation. Diese Zeit zu überstehen ist mir wesentlich dadurch gelungen, weil es stets solidarische Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen gab und nach wie vor gibt. Die schreiben, mich besuchen, helfen, wo sie können. In diesem Punkt geht es mir ungleich besser als den meisten der Mitverwahrten, auf die niemand wartet, die niemand besucht, denen keiner schreibt.

Da ich 1997 verurteilt wurde, also vor einer mittlerweile berüchtigten Reform der CDU-FDP-Koalition im Jahre 1998, als man die Dauer der erstmaligen Unterbringung in der SV von maximal 10 Jahren auf faktisch "lebenslang" erhöhte, baue ich darauf, am 07. Juli 2023 entlassen zu werden. Denn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte betonte in mehreren Urteilen seit 2009, dass diese Praxis der BRD gegen die Menschenrechte verstoße: rückwirkend dürften Strafen nicht erhöht werden. Und nach Ansicht des EGMR handele es sich bei der Sicherungsverwahrung um Strafe, da diese in einem Gefängnis, unter strafvollzugsähnlichen Bedingungen vollzogen werde. Mich dem therapeutischen Diktat zu unterwerfen, das ist keine Option für mich; auch wenn das Landgericht Freiburg wissen ließ, eine Freilassung vor 2023 sei dann recht unwahrscheinlich. Auf dieser Rechtslage des EGMR bauen, bedeuten nicht, ihr zu vertrauen, denn Gerichten können wir nicht vertrauen, sie sind staatliche Organe. Faktisch bleibt mir jedoch zurzeit nichts anderes übrig. So werde ich ab 21. 9. 2015 die Haft sinnvoll nutzen, um das Abitur nach zu holen und besuche die Gefängnisschule.

Es kommt nicht nur darauf an frei zu kommen, sondern auch auf den Weg der dorthin führt.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV)
Adresse und Kontakt oben.

kontakt: abc wien
Postfach 173, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

